

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt

1. mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen
 - a. sich gegen die Entscheidung der Landesregierung auszusprechen, Finanzmittel des Bundes, die der besseren Finanzausstattung der Kommunen dienen sollen, teilweise einzubehalten,
 - b. festzustellen, dass die in den Kommunen so dringend benötigten Finanzmittel nicht weiter zur Verbesserung des Landeshaushaltes benutzt werden dürfen,
 - c. die Landesregierung aufzufordern, die Bundesmittel vollständig an die Kommunen weiterzuleiten und
 - d. den Oberbürgermeister zu beauftragen, die Fraktionen im Landtag Rheinland-Pfalz aufzufordern, den beschlossenen Gesetzentwurf zum Landesgesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes, des Landesfinanzausgleichsgesetzes und des Landesnaturschutzgesetzes (Drs. 17/1514) im erneuten Verfahrensantritt entsprechend abzuändern;
2. einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen, den Oberbürgermeister zu beauftragen, über den Vorstand des Städtetages Rheinland-Pfalz eine weitere Initiative einzuleiten, mit der die Landesregierung Rheinland-Pfalz aufgefordert wird, eine deutlich kommunalfreundlichere Regelung (Erhöhung des Kommunalteils zu Lasten des Landesanteils) betreffend die Weiterleitung der zusätzlichen Bundesmittel aus der Umsatzsteuer – siehe Buchstabe b) der Begründung – zu erreichen.